



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Wolfgang Fackler, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Martin Stock, Peter Tomaschko, Carolina Trautner CSU,**

**Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/11168, 19/12000

### **Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern**

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Gesamtkonzept zur systematischen Integration von Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutzthemen einschließlich Selbstschutz und Resilienzförderung für den Unterricht aller Schularten vorzulegen.
2. die curriculare Verankerung von Krisenresilienz im LehrplanPLUS zu prüfen und zu berichten, welche Inhalte zur Krisenbewältigung, Resilienzförderung und zum Bevölkerungsschutz bereits im LehrplanPLUS enthalten sind und bei Bedarf zu prüfen, ob weitere Kompetenzen im Bereich Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz systematisch und angemessen in den LehrplanPLUS integriert werden müssen, ohne hierfür ein eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen.
3. sicherzustellen, dass alters- und schulartgerechte Lerninhalte insbesondere zu folgenden Themenbereichen systematisch vermittelt werden:
  - Verhalten in Notfällen, bei Naturgefahren, technischen Unglücken und anderen großflächigen Schadensereignissen
  - Verhalten bei Versorgungsausfällen wie einem länger andauernden Stromausfall und sonstigen Versorgungsstörungen
  - Grundlagen des Selbstschutzes und der Selbsthilfe

- Erste-Hilfe, insbesondere durch Verstetigung und gegebenenfalls Ausbau bestehender Module zum richtigen Verhalten bei Notfällen, Erstmaßnahmen und deren regelmäßige Auffrischung
  - Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation in Krisenlagen
  - Grundzüge der staatlichen Sicherheitsarchitektur und Aufgaben des Bevölkerungsschutzes
  - grundlegende Orientierung im Bevölkerungsschutz einschließlich Zivilschutz im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Selbstschutz- und Resilienzverständnisses
4. ein landesweit einheitliches Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zur Vermittlung von Kompetenzen in Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz zu entwickeln und dabei wissenschaftliche Expertise einzubeziehen.
  5. die Zusammenarbeit von Schulen mit anerkannten Akteuren des Bevölkerungsschutzes und ehrenamtlichen Einsatzkräften – insbesondere den Rettungs- und Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr – zu stärken.
  6. die Durchführung praxisnaher Übungen und schulinterner Notfallkonzepte – im Anschluss an bestehende Vorgaben zu Probealarmen und Sicherheitskonzepten – weiterzuentwickeln und darüber zu informieren.
  7. eine Beteiligung der Schulen an ressortübergreifenden Aktionstagen, wie z. B. einem Bevölkerungsschutztag zu prüfen.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident